

Astrid Rothe-Beinlich

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für
Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration
und Integration, Justiz

Madeleine Henfling

Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Innenpolitik und
Kommunales, Demokratie, Kultur und
Medien

Erfurt, 30. April 2021

Debattenbeitrag der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Thüringen

Wie weiter im Umgang mit Covid-19? Die 3. Welle der Pandemie mit konsequenten Maßnahmen brechen

Die dritte Welle der Corona-Pandemie hat Deutschland nach wie vor fest im Griff und Thüringen ist weiter besonders stark vom Infektionsgeschehen betroffen. Viele Intensivstationen können keine Covid-19-Patient*innen mehr aufnehmen, gleichzeitig stagnieren die Zahlen nach wie vor auf hohem Niveau. Die Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin geht davon aus, dass deutschlandweit spätestens im Mai die Belegung der Intensivbetten den Höhepunkt der zweiten Welle im Dezember vergangenen Jahres überschreiten wird. Damit wächst auch die Gefahr, dass andere Patient*innen im Notfall nicht mehr versorgt werden können (Triage). In Thüringen, seit Wochen eines der Bundesländer mit den höchsten Infektionszahlen, sieht die Lage nicht besser aus. Mittlerweile mussten sogar schon Patient*innen zur Behandlung in andere Länder verlegt werden.

Nach wochenlangen Diskussionen über den richtigen Weg zur Bekämpfung der Pandemie, hat der Bund in der letzten Woche mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes eine bundesweite Notbremse ab einem Inzidenzwert von 100 beschlossen.

Obwohl wir als grüne Landtagsfraktion grundsätzlich eine bundesweite Regelung begrüßen, sind die nun beschlossenen Maßnahmen enttäuschend. Weder werden sie ausreichen, die dritte Welle zu brechen, noch können sie dauerhaft die Infektionszahlen senken. Dafür sind die genannten Schwellenwerte zu hoch und zu willkürlich und die Maßnahmen zu inkonsequent. Wir fordern daher, endlich eine Niedrig-Inzidenz-Strategie umzusetzen. Länder wie Portugal haben gezeigt, dass das Virus und auch seine Mutationen auf diese Weise sehr schnell eingedämmt werden kann.

Seit Monaten mahnen Virolog*innen, aber auch Wissenschaftler*innen aus anderen Bereichen wie bspw. aus den Sozialwissenschaften, endlich auf eine Niedrig-Inzidenz-Strategie umzustellen.

Stattdessen befinden wir uns seit dem Herbst in einem dauerhaften „Lockdown light“, der das Privatleben, die Kulturbranche, den Sport mit wenigen Ausnahmen und Teilbereiche der Wirtschaft, wie den Einzelhandel oder die Gastronomie massiv einschränkt, während große Teile der Arbeitswelt so weitermachen können wie bisher. Das führt bei den Betroffenen zu massiver Pandemiemüdigkeit; berichtet wird von Burn-Outs, Depressionen und anderen auf hohe Belastung zurückzuführenden psychischen Krankheitsbildern.

Familien tragen dabei eine besondere Last, da sie seit über einem Jahr die Mehrbelastungen von Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung und Pflege im Privaten meistern müssen. Kinder und Jugendliche leiden besonders darunter, sich nicht mit ihren Altersgenoss*innen treffen oder Freizeitbeschäftigungen nachgehen zu können. Nachdem gerade die Jüngeren sich im letzten Jahr solidarisch mit den besonders vulnerablen Gruppen gezeigt haben, ist es jetzt an der Zeit, dass die Gesellschaft auch ihnen gegenüber solidarisch ist. Die Infektionszahlen bei Kinder und Jugendlichen steigen momentan stark an, Long Covid wird auch hier zu einer Gefahr. Einen Impfstoff für die Altersklasse ab 12 Jahren wird es voraussichtlich im Sommer geben. Für die Kinder unter 12 Jahren allerdings nicht vor Herbst dieses Jahres. Um Schulen und Kindergärten sicher öffnen zu können, müssen wir jetzt schnellstmöglich die Zahlen nach unten bringen.

Schließlich ist es auch für den Erfolg der Impfkampagne nötig, die Zahlen zu senken, denn ein starkes Infektionsgeschehen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Mutationen auftreten, gegen die verfügbare Impfstoffe nichts oder nur wenig ausrichten können.

Wir fordern daher:

- eine gesamtgesellschaftliche Strategie, die alle Bereiche betrifft und durch einen harten, aber kurzen Lockdown endlich die Infektionszahlen nach unten drückt und dadurch dauerhaft/absehbar wieder mehr gesellschaftliches Leben zulässt.
- konsequente Maßnahmen in der Arbeitswelt mit Home-Office-Pflicht, wenn keine zwingenden Gründe, auch seitens der Arbeitnehmer*innen entgegenstehen, und verbindlichen Regelungen zum Tragen einer medizinischen Maske und regelmäßigen Testungen.
- stärkere Kontrollen der bisherigen Maßnahmen in Betrieben und im öffentlichen Raum und auch eine bessere Nachverfolgung der Umsetzung von Quarantänemaßnahmen.
- dass Familien endlich in den Mittelpunkt der Pandemiemaßnahmen gerückt werden. Für eine sichere Öffnung von Schulen und Kindergärten sind niedrige Infektionszahlen zwingend. Darüber hinaus müssen Eltern priorisiert geimpft werden, um auch für Kinder einen Schutzkokon aufzubauen, bis auch sie einen Impfschutz erhalten können.
- dass die wissenschaftliche Forschung zu den Impfstoffen für Kinder und Jugendliche durch Bundesmittel unterstützt und konsequent vorangetrieben wird.

- eine konsequente Unterscheidung zwischen Maßnahmen drinnen und draußen. Aerosolforscher*innen habe gerade wieder darauf hingewiesen, dass an der frischen Luft kaum Infektionen stattfinden. Die nun beginnende wärmere Jahreszeit bietet daher Möglichkeiten, anders mit der Pandemie umzugehen und beispielsweise Kindern aber auch Älteren Aktivitäten im Freien zu erlauben. Auch kontaktarme Urlaubsmöglichkeiten wie Camping oder Ferienhausurlaub sollten wieder erlaubt werden.
- nicht mehr nur den Inzidenzwert als Kriterium heranzuziehen. Das starre Festhalten am Inzidenzwert, auch das bestätigen Wissenschaftler*innen, reicht nicht mehr aus, um das Pandemiegeschehen abzubilden. Daher muss dieser Wert um weitere ergänzt werden, wie den R-Wert, die Belegung der ITS-Stationen oder die Impfquote.
- die Umsetzung einer Impf-App, die alle wichtigen Informationen auch in leichter Sprache vermittelt und dadurch möglichst vielen die Teilnahme an der Impf-Kampagne ermöglicht.
- nach dem Senken der Infektionszahlen einen, möglichst bundesweiten Stufenplan. Ein Stufenplan ermöglicht es uns, die Maßnahmen, die aufgrund des Infektionsgeschehens umgesetzt werden müssen, transparent und nachvollziehbar für alle Menschen darzustellen. Es muss für jede/n Bürger*in verständlich sein, ab wann welche Maßnahmen gelten. Ein klar kommunizierter Plan könnte die Menschen auch dazu motivieren, sich weiterhin an die Maßnahmen zu halten, damit alle gemeinsam zum Ziel, zu einer immer weiteren Rückkehr des gewohnten Alltags, kommen.
- dass das RKI weitere wissenschaftliche Daten dazu erhebt, in welchem Maße und vor allem wie lange Geimpfte und Genesene das Virus nicht mehr weiterverbreiten, so dass die aktuell bestehenden Einschränkungen der Bürgerrechte möglichst schnell aufgehoben werden können.